

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 42

vom 19. Oktober 2012
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Sozialsenator kritisiert die Blockade der Krippenausbaumittel durch den Bund.....	3
Sozialbehörde investiert in Kinder und Jugendliche	5

Schule, Jugend und Berufsbildung

Altonaer Gymnasien sollen deutlich ausgebaut werden	10
Kultusminister beschließen in Hamburg einheitliche Leistungsanforderungen für das Abitur in allen Bundesländern.....	11

Umwelt

Hochwasserschutz für Hamburg	14
------------------------------------	----

Wissenschaft und Forschung

Neuer Campus Bundesstraße nimmt weiter Gestalt an.....	15
Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt reist mit Wissenschaftsdelegation in die Öresund-Region	18

Finanzen

Länder arbeiten an der Wiedererhebung der Vermögensteuer.....	19
Mitteilung der HSH Nordbank über den bevorstehenden Wechsel im Amt des Vorstandsvorsitzenden.....	21

Wirtschaft und Hafen

Den Eilbeschluss des Bundesverwaltungsgerichts zur Fahrrinnenanpassung der Elbe kommentiert Wirtschaftssenator Frank Horch	22
---	----

Kultur

Hamburg erstmals Gastgeber beim Bundesfachkongress Interkultur	23
Kurfess wird ab August 2013 Geschäftsführer der HamburgMusik.....	24

Internationale Gartenschau

Danke Wilhelmsburg: Freier Eintritt zur igs	26
Immer mehr in Form: Gemeinschaftsgarten „Heimat“ auf igs 2013 nimmt weiter Gestalt an	28

Zur Information

Terminkalender	30
----------------------	----

17. Oktober 2012/basfi17

Sozialsenator kritisiert die Blockade der Krippenausbaumittel durch den Bund

Die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat heute den Ländern in der Süddeutschen Zeitung vorgeworfen, den „Kita Ausbau an die Wand zu fahren“. Die Länder würden einstimmig die Annahme der 580 Millionen Euro des Bundes verweigern, weil sie sich von den Bedingungen eingeschränkt fühlen. Den Ländern wird darüber hinaus unterstellt, dass sie das zusätzliche Geld für die Haushaltssanierung verwenden könnten.

Diese Äußerungen weist Hamburgs Sozial- und Familiensenator Detlef Scheele scharf zurück: „Das von der Familienministerin Kristina Schröder betriebene Schwarze-Peter-Spiel ist eine reine PR-Strategie, um von den schweren Versäumnissen des Bundes abzulenken. Die Behauptung des Bundes, die Länder wollten die Krippenausbaumittel zweckentfremden, ist ungeheuerlich.“

Die Länder haben in den vergangenen drei Monaten mit dem Bund intensiv über das neue Krippenausbauprogramm verhandelt. Dabei haben die Länder darauf hingewiesen, dass sich ein zügiger Ausbau der Krippenbetreuung nur erreichen lässt, wenn für die Länder keine weiteren bürokratischen Hürden aufgebaut werden und der Abwicklungsaufwand begrenzt wird.

Trotzdem beharrt der Bund weiterhin darauf, dass die Länder monatlich Berichte darüber abliefern sollen, wie das Geld verwendet wird. „Dabei gibt es bereits bewährte Verfahren mit konkreten Nachweisen für jeden Euro, den die Länder an Bundesgeld ausgeben“, sagt **Sozialsenator Scheele**. „Die Einführung aufwändiger und zeitraubender Verwaltungsverfahren behindert den weiteren Ausbau. Die Bundesministerin sollte sofort damit aufhören, die notwendigen Verbesserungen für die Familien zu blockieren.“

Hintergrundinformationen

In Hamburg wurden am 1. März 2012 insgesamt 17.700 Kinder unter drei Jahren in Kitas und Kindertagespflege betreut. Damit werden rund 7.900 Kinder mehr betreut als im Jahr 2006. Die Krippen-Betreuungsquote wurde von 21,1 Prozent im Jahr 2006 auf 35,8 Prozent im März 2012 gesteigert. Allein im vergangenen Jahr ist die Quote um 3,4 Prozent gestiegen.

In den Jahren 2008 bis 2011 wurden im Hamburger Krippenausbauprogramm insgesamt 58,4 Millionen Euro investiert. Darüber hinaus liegen bereits für Maßnahmen in den Jahren 2012 und 2013 Zuwendungsanträge mit einem voraussichtlichen Volumen von 16,3 Millionen Euro vor.

Hamburg hat bereits alle Investitionsmittel abgerufen, die der Bund für das schon laufende Krippenausbauprogramm 2008 – 2013 zur Verfügung stellt. Zum 1. August 2012 hat Hamburg den

Rechtsanspruch für die Zweijährigen vorzeitig eingeführt. Damit werden etwa 75 Prozent aller Zweijährigen in Kitas und Kindertagespflege betreut.

Auch in die Qualität wird investiert: Hamburg stellt ab dem Jahr 2013 jährlich rund 12 Millionen Euro für einen verbesserten Betreuungsschlüssel in sozial belasteten Gebieten zusätzlich zur Verfügung.

Zusätzlich wird Hamburg seine Familien um ca. 70 Millionen Euro entlasten: Für den fünfstündigen Kita-Besuch werden die Elternbeiträge zum August 2014 abgeschafft.

Vor dem Hintergrund dieser Fakten ist festzustellen: Hamburg setzt das Krippenausbauprogramm vorbildlich um. Zum 1. August 2013 werden voraussichtlich etwa 21.500 Kinder unter drei Jahren in Kitas oder in Kindertagespflege betreut. Das entspricht einer Krippen-Betreuungsquote von 43 Prozent.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 |

E-Mail pressestelle@basfi.hamburg.de

17. Oktober 2012/basfi17a

Sozialbehörde investiert in Kinder und Jugendliche

BASFI und Rudolf-Ballin-Stiftung unterzeichnen Vertrag für die Kinder auf Föhr

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat dem Haushaltsausschuss die Ergänzungsdrucksache zum Haushalt 2013/14 planmäßig zur zweiten Lesung am kommenden Dienstag zukommen lassen. Darin werden die Konkretisierungen für die Globalen Minderausgaben der Sozial- und Familienbehörde konkretisiert. Die von der Opposition behaupteten Kritikpunkte treffen nicht zu. Im Gegenteil: Die Behörde hält ihre Schwerpunkte in der Sozialpolitik weiterhin bei. Im Mittelpunkt stehen die Qualität und der Ausbau der Kindertagesbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, umfassende Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien sowie die sozialen Hilfesysteme, bei denen unterm Strich kein Cent gespart wird. Insgesamt wird der Einzelhaushalt der Sozialbehörde vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2014 um 146 Millionen Euro auf 2,49 Milliarden Euro wachsen – das entspricht einem Zuwachs von 6,2 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2012 noch 62,2 Millionen Euro für die ganztägige Betreuung und Bildung an Schulen (GBS) im Einzelplan der Behörde veranschlagt sind, die im Zuge der Übergangsreform in den Folgejahren vollständig in den Einzelplan der Schulbehörde übergehen.

„Wir bleiben konsequent bei unseren politischen Prioritäten – wir kürzen nicht, sondern wir steuern um“, betont **Sozial- und Familiensenator Detlef Scheele**. „So investieren wir in den kommenden Jahren stark in mehr Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche. Durch eine sehr gute Krippen- und Kita-Infrastruktur sorgen wir dafür, dass alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – gleiche Chancen beim Start ins Leben haben. Alle Bereiche, in denen unmittelbare Not herrscht, haben wir gleichzeitig zu Schonbereichen erklärt – wie Frauenhäuser und Einrichtungen für Obdachlose.“

Im Doppelhaushalt 2013/2014 setzt der Hamburger Senat deutliche Schwerpunkte. Allein im Bereich der Kindertagesbetreuung steigen die Ausgaben von rund 490 Millionen Euro im Jahr 2013 auf rund 533 Millionen Euro im Jahr 2014 für die Betreuung von unter sechs Jahre alten Kindern. Auch die Ausgaben für Kinder und Jugendliche steigen insgesamt von 2012 bis 2014 um rund 14 Prozent. Im Jahr 2013 sind dafür im Haushalt 781 Millionen Euro und 837 Millionen Euro im Jahr 2014 vorgesehen.

Einen großen Anteil des Etats der Sozialbehörde machen die gesetzlichen Leistungen aus. Das Finanzvolumen liegt im Jahr 2013 bei rund 2,19 Milliarden Euro und im Jahr 2014 bei rund 2,28 Milliarden Euro. Dazu gehören beispielsweise Hilfen zur Erziehung (HzE), Hilfen für behinderte Menschen oder für Menschen, die nicht genug Geld zum Leben haben und deshalb auf Grundsicherung angewiesen sind.

Die Startbedingungen für die Veranschlagung 2013/2014

Der Senat richtet seine Finanzpolitik langfristig aus. Die Ausgaben sollen im Durchschnitt um nicht mehr als rund ein Prozent wachsen. Im neuen Korridormodell ist für den Einzelplan 4 die Ausgabenobergrenze vorgegeben.

Der Einzelplan 4 ist maßgeblich durch Ausgaben für gesetzliche Leistungen bestimmt. Das Ausgabevolumen steigt im Jahr 2012 bis zum Jahr 2014 um insgesamt 146 Millionen Euro. In diesem im Vergleich zum Gesamthaushalt der Stadt überproportionalen Anstieg wird der politische Schwerpunkt des Ausbaus der Kindertagesbetreuung abgebildet, eine angemessene finanzielle Ausstattung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und die Verantwortung, die die Stadt für die Ausfinanzierung des steigenden Bedarfs bei den gesetzlichen Sozialleistungen trägt.

Aber auch der Haushalt der BASFI hat einen Beitrag zur Erreichung der übergeordneten haushaltspolitischen Ziele zu erbringen. Daher müssen Ausgabensteigerungen auf der einen Seite teilweise durch Einsparungen bei Personal- und Verwaltungsausgaben sowie mithilfe einer aufgabenkritischen Durchsicht des vorhandenen Leistungsspektrums auf der anderen Seite ausgeglichen werden. Dies betrifft auch die Zuwendungen im direkten Zuständigkeitsbereich der BASFI.

Globale Minderausgaben im Sozialetat 2013/14

Beratung und Betreuung von Opfern von Gewalt (Titel 4110.684.03)

Der Opferschutz ist ein Schonbereich der Hamburger Sozialpolitik. Deshalb wird es bei den Zuwendungsempfängern in diesem Bereich faktisch zu **keinen** Einsparungen kommen. Der Titel kann deshalb um 141.000 Euro pro Jahr (9,5 %) reduziert werden, weil die Behörde ein geplantes Wohnprojekt für Frauen (sog. zweite Wohnstufe), die aus einem Frauenhaus kommen, in anderer Form realisieren wird.

Für dieses Projekt waren bislang 200.000 Euro vorgesehen. Die Absenkung des Titels um 141 000 Euro speist sich hieraus. Von dieser Absenkung fließen 39.000 Euro in die Aufstockung der Titelansätze für die Täter-Opfer-Ausgleiche (Titel 4110.684.04, + 16.000 Euro) sowie für die Förderung der Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel (Titel 4110.684.06, + 23.000 Euro). Auch alle anderen aus diesem Titel finanzierten Beratungsstellen erhalten Zuwendungen mit leicht erhöhten Ansätzen. Für ein neues Konzept der zweiten Wohnstufe verbleiben voraussichtlich immer noch rund 60.000 Euro.

Auch die Finanzierung der Frauenhäuser wird mit 1.959 000 Euro (Titel 4110.684.01) auf dem bisherigen Niveau gehalten. Noch in diesem Jahr investiert die Sozialbehörde 730.000 Euro, um die Frauenhäuser zu sanieren.

Nachhaltige Integration Arbeitsloser durch Programme der BASFI (Titel 4120.683.01)

Dieser Titel wird im Jahr 2013 um 450.000 Euro (nicht um 940.000 Euro) auf 14.602 000 Euro sowie im Jahr 2014 um weitere 100 000 Euro abgesenkt. Dabei ist zu beachten, dass 490 000 Euro aus den 940.000 Euro herausgelöst wurden, um die Arbeitsmarktkoordinatoren in den Bezirken zu finanzieren, die in dem gemeinsamen Arbeitsmarktprogramm von Jobcenter, Agentur für Arbeit und der BASFI konzeptionell verankert sind. Somit ergibt sich für das Jahr 2013 ein Ansatz von 14.112 000 Euro bzw. für das Jahr 2014 ein Ansatz von 13.772 000 Euro.

Angesichts der bevorstehenden Konsolidierung erscheint eine Absenkung in diesem Umfang vertretbar. Denn zurzeit sind die hier veranschlagten Mittel in einem hohen Umfang durch Projekte diverser Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger gebunden. Die Inhalte der über diese Ansätze finanzierten Projekte werden den aktuellen Erfordernissen des Hamburger Arbeitsmarktes zudem immer wieder neu angepasst. Über öffentliche Ausschreibungen oder Wettbewerbsverfahren werden die Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger aufgefordert, ihre Angebote einzureichen. Dies bedeutet, dass insgesamt dem

Markt zwar weniger Mittel zur Verfügung stehen und somit alle am Markt vorhandenen Träger betroffen sind, sich die Verteilung der Mittel auf die beauftragten Träger über die genannten Ausschreibungsverfahren aber immer wieder neu justiert. Dieser Verteilungsmechanismus ist den Trägern bekannt und vertraut.

Im Jahr 2014 erfolgt eine weitere Absenkung dieses Titels um 240.000 Euro zur Finanzierung eine neuen Titels (4120.684.06 - Zuschüsse im Zusammenhang mit dem Anerkennungsberatungsgesetz), so dass sich für das Jahr 2014 im Ergebnis ein Ansatz von 14.262 000 Euro ergibt.

Clusterorientierte Strukturpolitik (Titel 4120.683.02)

Die in diesem Titel veranschlagten Mittel sind zurzeit nicht gebunden oder mit Planungen hinterlegt. Insofern wird der gesamte Titel aufgelöst. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die z.B. im Bereich Fachkräftesicherung bestimmte strukturpolitisch relevante Cluster stützen sollen, können auch aus den anderen genannten Ansätzen heraus finanziert werden. Der Konsolidierungsbeitrag beträgt insgesamt 550.000 Euro.

Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern (Titel 4110.684.11)

Dieser Titel wurde von 3. 501 000 Euro um insgesamt 417.000 Euro abgesenkt. Der größte Anteil entfällt hierbei mit 209.000 Euro auf die Sprachförderung. Diese Absenkung ist aus zwei Gründen möglich:

- geringere Nachfrage für niedrigschwellige Sprachkurse für Altzuwanderer.
- seit dem Jahr 2010 wird eine geringere Nachfrage bei den Sprachkursen für Flüchtlinge verzeichnet, als nach der bisherigen Veranschlagung möglich gewesen wäre (Absenkung um rund 85.000 Euro).

Auf die Vereins- und Projektförderung entfallen 108.000 Euro. Diese werden im Wesentlichen (rd. 80.000 Euro) über eine sachgerechte Umschichtung der Finanzierung des Projekts „Betriebliche Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund über Betriebsräte und andere Multiplikatoren“ beim Träger Arbeit und Leben Arbeit /VHS Hamburg e.V. aufgebracht werden, das künftig aus dem Titel 4120.683.01 mit 75.000 Euro finanziert wird.

Schließlich wird das ESF-Projekt „Regenbogen Plus“ bei der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V. (200.000 Euro Ko-Finanzierung) wird beendet. Hier ist mit dem Träger ein neues ESF-Projekt für das Jahr 2013 vereinbart, so dass die Absenkung im Saldo nur 100.000 Euro beträgt.

Die Zuschüsse für den Betrieb der Integrationszentren (2.301 000 Euro) bleiben in den Jahren 2013 und 2014 unverändert.

ESF-Programme (Titel 4120.684.05)

Dieser Ansatz wird gestrichen. Der Konsolidierungsbeitrag beträgt insgesamt eine Millionen Euro. Die vollständige Absenkung des Ansatzes dieses Titels wird keinen Einfluss auf die Inanspruchnahme von ESF-Mitteln haben. Dieser Titel wird zurzeit nur als – Abrechnungstitel genutzt. Die erforderliche Ko-Finanzierung von ESF-Projekten im Bereich Arbeitsmarktpolitik wird weiterhin voll über den Ansatz in 4120.683.01 geleistet werden.

Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe für suchtpreventive Maßnahmen (Titel 4440.684.04)

Die Ansatzreduzierung um 119.000 Euro ist möglich wegen:

- Wegfall des Finanzierungsanteils der BASFI für das Deutsche Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ). Nach der überbehördlichen Vereinbarung hatte die BASFI letztmalig in diesem Jahr einen Finanzierungsanteil zu leisten.
- einer bereits im Jahr 2012 erfolgten Neuausrichtung des Projekts „Sperrgebiet“ des Diakonischen Werks, die zu einem geringeren Mittelbedarf geführt hat.

Förderung der Jugendarbeit, Jugendberatung und erzieherischer Jugendschutz (Titel 4440.684.12)

Ansatzreduzierung um 414.000 Euro bzw. 384.00 Euro (ab dem Jahr 2014) ist möglich wegen:

- einer bereits in 2012 erfolgten Neuausrichtung der Straßensozialarbeit beim Diakonischen Werk („Sperrgebiet“), die zu einem geringeren Mittelbedarf geführt hat.
- Umstellung einer Zuwendung an den Verein für stadtteilbezogene milieunahe Erziehungshilfen e.V. (SME) auf HzE-Finanzierung.
- Das Angebot umfasst Gemeinwesen orientierte Hilfen für Familien im Stadtteil, die inhaltlich wie die Sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) ausgerichtet sind und wirken, jedoch zentral von der BASFI finanziert werden. Sie wie SHA aus dem HzE-Deckungskreis zu finanzieren, ist daher folgerichtig.
- kleinerer Bedarfsanpassungen, z.B. Einsparung von Mitteln, die durch den Wegfall einmaliger Förderungen frei werden.

Entwicklungsfördernde Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial belasteten Familien - Titel 4450.684.01

Die Finanzierung der Maßnahme „Kinderkuren in Wyk auf Föhr“ erfolgt ab dem Jahr 2013 nicht mehr über Zuwendungen, sondern aus dem Deckungskreis Hilfen zur Erziehung (HzE). Deshalb wurde der Titel „Entwicklungsfördernde Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial belasteten Familien“ um zwei Millionen Euro abgesenkt.

Die Verhandlungen zwischen der Sozialbehörde (BASFI) und der Rudolf-Ballin-Stiftung (RBS) sind abgeschlossen. Noch in dieser Woche soll der Vorvertrag nach § 77 SGB VIII von beiden Seiten unterschrieben werden.

Bereiche Behinderten- und Wohnungslosenhilfe

Keine Einsparungen erfolgen bei den Zuwendungen in den Bereichen der Behinderten- und Wohnungslosenhilfe. Hierfür sind folgende Gründe entscheidend: Die mit Zuwendungen im Umfang von rund 2,3 Millionen Euro geförderten „Psychosozialen Kontaktstellen“ sind ein wichtiger Baustein im Rahmen der vorgesehen sozialräumlichen Umstrukturierung des Systems der sozialpsychiatrischen Versorgung von Menschen mit seelischen Behinderungen.

Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Umsetzung der Inklusion, die die gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme Menschen mit Behinderungen an unserer Gesellschaft ermöglichen soll.

Obdachlose benötigen ein niedrigschwelliges Angebot, um ihr Überleben zu sichern. Es soll möglichst alle erreichen. Eine Ansatzabsenkung im Bereich der zuwendungsfinanzierten Tagesaufenthalts- und

Notübernachtungsstätten sowie den Bahnhofsmissionen kommt daher ebenso wenig in Betracht wie eine Ansatzabsenkung bei den Sozialen Beratungsstellen.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

17. Oktober 2012/bsb17

Altonaer Gymnasien sollen deutlich ausgebaut werden

Schulsenator Ties Rabe will die beiden Altonaer Gymnasien, das Gymnasium Allee und das Gymnasium Altona, deutlich ausbauen, um dem wachsenden Bedarf in der Region Altona / Ottensen gerecht zu werden.

Konkret soll das Gymnasium Allee durch einen Zubau von 4 auf 5 Parallelklassen pro Jahrgang erweitert werden, das Gymnasium Altona sogar von 4 auf 6 Parallelklassen. Somit können in absehbarer Zeit an beiden Gymnasien über 500 Schülerinnen und Schüler mehr aufgenommen werden. Insgesamt wird die Kapazität beider Gymnasien damit auf rund 2.200 Schülerinnen und Schüler erhöht. Zur genauen Bauplanung am Gymnasium Allee will die Schulbehörde jetzt vertiefende Gespräche mit dem Bezirk Altona führen.

Der aktuelle Schulentwicklungsplan sah ursprünglich vor, zusätzlich zu den beiden bestehenden Altonaer Gymnasien mittelfristig ein kleines drittes Gymnasium mit drei Parallelklassen zu eröffnen. Grund für diese Planung war, dass an den bestehenden Gymnasien lange Zeit eine Vergrößerung der Schulen nicht möglich schien. Jetzt allerdings eröffnen sich Dank des Einsatzes der Schulleiter und der Bezirkspolitik doch Erweiterungsmöglichkeiten an den beiden Gymnasien.

Schulsenator Ties Rabe: „Eine Erweiterung der beiden bestehenden Gymnasien ist besser als der Neubau eines dritten Gymnasiums. Die Erweiterung geht schneller und sie stützt sich auf bereits gut etablierte, in Altona akzeptierte Schulkonzepte. Eine Neugründung eines dritten Gymnasiums wäre dagegen mit erheblichen Anlaufschwierigkeiten verbunden. Mit dem Ausbau werden zudem beide Altonaer Gymnasien deutlich gestärkt und wir berücksichtigen die Schülerströme in der Region.“

In weiteren Schritten werden jetzt die Schulbehörde und Schulbau Hamburg SBH zusammen mit den Schulleitungen und der Bezirkspolitik die Planungen konkretisieren.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

19. Oktober 2012/bsb19

Kultusminister beschließen in Hamburg einheitliche Leistungsanforderungen für das Abitur in allen Bundesländern

Am 18. und 19. Oktober 2012 fand in Hamburg die 339. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Senator Ties Rabe, statt.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen folgende Themen:

- Kultusministerkonferenz setzt Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife -Rabe: „Qualität und Vergleichbarkeit des Abiturs werden weiter verbessert“
- Berufliche Mobilität von Lehrkräften soll gestärkt werden
- Nach erfolgreichem Pilotbetrieb: Kultusministerkonferenz zur weiteren Finanzierung des Dialogorientierten Serviceverfahrens (DoSV) bereit

Kultusministerkonferenz setzt Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife Rabe: „Qualität und Vergleichbarkeit des Abiturs werden weiter verbessert“

Die Kultusministerkonferenz hat auf ihrer Plenartagung in Hamburg einheitliche Leistungsanforderungen für die gymnasiale Oberstufe und das Abitur in allen 16 Bundesländern festgelegt. Dazu wurden verbindliche Bildungsstandards in den Fächern Deutsch, Mathematik und fortgeführter Fremdsprache (Englisch/Französisch) gemeinsam beschlossen. „Damit schafft die Kultusministerkonferenz für das Abitur in zentralen Fächern gleiche Leistungsanforderungen. Wir sorgen so für mehr Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern, wir sichern ein gemeinsames Leistungsniveau und wir schaffen zugleich eine länderübergreifende Grundlage zur Entwicklung und Sicherung schulischer Qualität. Von der Grundschule bis zum Abitur liegen damit jetzt bundesweit geltende Bildungsstandards für die zentralen Fächer vor. Das ist ein großer Schritt für das deutsche Schulwesen, der so noch vor einigen Jahren kaum für möglich gehalten wurde“, erklärte der Präsident der Kultusministerkonferenz, Senator Ties Rabe.

Analog zu den bereits in den Jahren 2003 und 2004 von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Bildungsstandards für den Primarbereich, den Hauptschul- und den Mittleren Schulabschluss werden mit den Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife abschlussbezogene Regelstandards gesetzt. Sie definieren die Anforderungen, die Schülerinnen und Schüler am Ende der gymnasialen Oberstufe im jeweiligen Fach auf grundlegendem oder erhöhtem Niveau im Durchschnitt bewältigen sollen.

Die Bildungsstandards werden durch illustrierende Lernaufgaben veranschaulicht. Sie zeigen, welche Aufgabenstellungen geeignet sein können, um die angestrebten Bildungsziele im Unterricht zu erreichen. Darüber hinaus enthalten die Bildungsstandards auch Beispiele für mögliche Prüfungsaufgaben, um Anregungen zu vermitteln, wie die in den Bildungsstandards formulierten Anforderungen im Abitur geprüft werden könnten.

Die Länder beginnen jetzt mit der Umsetzung und Implementierung der Bildungsstandards in ihren Bildungs- und Lehrplänen. Die Bildungsstandards sollen ab dem Schuljahr 2014/2015 in der gymnasialen

Oberstufe aufwachsend umgesetzt werden. Im Schuljahr 2016/17 werden dann bundesweit gleich schwere Abiturprüfungen in den zentralen Fächern entsprechend der neuen Bildungsstandards zum Einsatz kommen. Dazu wird ein Aufgabenpool mit wissenschaftlich überprüften und gleich schweren Abituraufgaben in den zentralen Fächern eingerichtet. Dieser Aufgabenpool soll ab dem Jahr 2013 kontinuierlich aufwachsen und den Ländern ab dem Schuljahr 2016/2017 zur Verfügung stehen.

„Die neuen Bildungsstandards, der neue bundesweite Aufgabenpool mit gleich schweren, standardbasierten Abiturprüfungsaufgaben sowie einheitliche Bewertungskriterien zur Korrektur und Bewertung der Abiturarbeiten verbessern die Vergleichbarkeit und die Qualität der Allgemeinen Hochschulreife in Deutschland und setzen zugleich neue Impulse für die Weiterentwicklung des Unterrichts“, betonte Rabe.

Die beschlossenen Bildungsstandards gelten – mit Ausnahme der Berufsoberschulen, die über ein besonderes Profil verfügen – für alle Bildungsgänge, die zur Allgemeinen Hochschulreife führen. Mit diesen Vorgaben werden für die jeweiligen Fächer die Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) weiterentwickelt und dann abgelöst.

Die Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife wurden vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Zusammenarbeit mit Fachexpertinnen und Fachexperten der Länder sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den relevanten fachdidaktischen Bereichen in enger Abstimmung mit einer von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Steuerungsgruppe entwickelt. Das IQB wird federführend auch den Prozess der Entwicklung von Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife für die Fächer Biologie, Chemie und Physik verantworten, mit denen der Prozess der Standardentwicklung fortgesetzt wird.

Bundesweit geltende Bildungsstandards gibt es bereits für:

- den Primarbereich (Jahrgangsstufe 4) für die Fächer Deutsch und Mathematik,
- den Hauptschulabschluss (Jahrgangsstufe 9) für die Fächer Deutsch, Mathematik, und Erste Fremdsprache (Englisch/Französisch),
- den mittleren Schulabschluss (Jahrgangsstufe 10) für die Fächer Deutsch, Mathematik, Erste Fremdsprache (Englisch/Französisch), Biologie, Chemie und Physik.

Die Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife für die Fächer Deutsch, Mathematik und fortgeführte Fremdsprache (Englisch/Französisch) finden Sie unter:

<http://www.kmk.org/bildung-schule/qualitaetssicherung-in-schulen/bildungsstandards/dokumente.html>

und weiterführende Informationen zu den Bildungsstandards allgemein unter <http://www.kmk.org/bildung-schule/qualitaetssicherung-in-schulen/bildungsstandards/ueberblick.html>.

Berufliche Mobilität von Lehrkräften soll gestärkt werden

Die Kultusministerkonferenz will die berufliche Mobilität von angehenden Lehrerinnen und Lehrern weiter vereinfachen. Sie hat bereits in ihren zentralen Vereinbarungen zur Lehrerbildung die gegenseitige Anerkennung von Lehramtsabschlüssen beschlossen. Im Frühjahr 2013 sollen darüber hinaus gemeinsame Umsetzungsrichtlinien vorliegen, nach denen die Anerkennung verbindlich im jeweiligen Landesrecht umgesetzt wird. Spätestens bis zum Jahresende 2014 sollen dann die jeweiligen landesrechtlichen Regelungen und Verfahren überprüft beziehungsweise angepasst sein. Auf einen entsprechenden Zeitplan hat sich die Kultusministerkonferenz in Hamburg verständigt.

„Das deutsche Bildungssystem ist auf gut ausgebildete und hoch motivierte Lehrkräfte angewiesen, zumal in den nächsten Jahren viele ältere Lehrerinnen und Lehrer aus dem aktiven Schuldienst ausscheiden werden. Die Kultusministerkonferenz hat deshalb bereits in den letzten Jahren die Lehramtsstudiengänge und Referendariate aller Bundesländer bundesweit anerkannt. Doch in den Verwaltungsvorschriften einzelner Behörden wurden diese Angleichungen noch nicht überall konsequent umgesetzt. Deshalb geht es jetzt es darum, Mobilitäts-, Einstellungs- und Beförderungshindernisse beim Wechsel vom Studium in das Referendariat und den Schuldienst im konkreten Verwaltungshandeln abzubauen. Damit leisten wir zugleich einen wichtigen Beitrag, um die Attraktivität des Lehrerberufs weiter zu erhöhen. Wenn Lehramtsstudenten, Referendare und Lehrer in allen Bundesländern gute Chancen haben, ist das auch eine große Chance für jedes einzelne Bundesland“, erklärte der Präsident der Kultusministerkonferenz, Ties Rabe.

Nach erfolgreichem Pilotbetrieb: Kultusministerkonferenz zur weiteren Finanzierung des Dialogorientierten Serviceverfahrens (DoSV) bereit

Zum Wintersemester 2012/2013 sind erstmals Studienplätze in begehrten Numerus-Clausus-Fächern mit Hilfe eines neuen bundesweiten Bewerbungsportals via Internet vergeben worden. Damit ist der Pilotbetrieb des „Dialogorientierten Serviceverfahrens“ (DoSV) erfolgreich gestartet. Das Verfahren beschleunigt benutzerfreundlich und transparent die Vergabe von Studienplätzen in örtlich zulassungsbeschränkten Fächern.

Über eine Online-Plattform der Stiftung für Hochschulzulassung (SfH) werden die Bewerbungen der Studieninteressierten in einer gemeinsamen Datenbank erfasst und abgeglichen. Das mehrstufige Verfahren sorgt dafür, dass bei der Annahme eines Zulassungsangebots Mehrfachbewerbungen an den übrigen teilnehmenden Hochschulen nicht länger blockiert und die somit frei werdende Plätze schneller an andere Studieninteressierte vergeben werden können. Damit wird verhindert, dass zu Semesterbeginn Studienplätze frei bleiben, obwohl es noch Bewerbungen für diese Plätze gäbe.

Die Kultusministerkonferenz begrüßt die erreichten Fortschritte bei der Implementierung des DoSV ausdrücklich. Sie bekräftigt zugleich ihre Bereitschaft, die Finanzierung des DoSV bis zum Anschluss einer Mehrzahl der Hochschulen in staatlicher Verantwortung zunächst bis Ende 2013 zu sichern. Da der Erfolg des Systems wesentlich von der Beteiligung weiterer Hochschulen abhängt, wirken die Länder mit Nachdruck darauf hin, dass sich ihre Hochschulen mit den zulassungsbeschränkten Studiengängen zum Wintersemester 2013/2014 am DoSV beteiligen.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

16. Oktober 2012/bsu16

Hochwasserschutz für Hamburg

Senat beschließt neue Bemessungswasserstände für öffentliche Hochwasserschutzanlagen in Hamburg

Der Senat hat in seiner Sitzung am Dienstag neue Bemessungswasserstände für den Sturmflutschutz in Hamburg beschlossen. Die neuen Bemessungswasserstände sind als höchste planmäßig annehmbare Wasserstandshöhe zu verstehen. Gemeinsam mit den Nachbarländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird die Anpassung der Bemessungswasserstände auf Grundlage eines einheitlichen Ausgangswasserstandes in Cuxhaven vorgenommen. Die Bemessungswasserstände in Hamburg werden von derzeit NN + 7,30 Meter am Pegel St. Pauli um 80 cm auf NN + 8,10 Meter erhöht. Die Erhöhung beinhaltet einen Klimazuschlag für den zu erwartenden Anstieg des Meeresspiegels.

Die neuen Bemessungswasserstände bilden die Grundlage für ein neues Erhöhungsprogramm zur Verbesserung des Schutzes vor Sturmfluten über das laufende Bauprogramm Hochwasserschutz hinaus.

Das aktuelle Bauprogramm, das vor rund 20 Jahren begonnen wurde, wird bis 2016 abgeschlossen sein. Der Hochwasserschutz in Hamburg ist dann so sicher wie noch nie. Zur Erhaltung und Verbesserung des hohen Schutzniveaus ist jedoch eine frühzeitige Berücksichtigung möglicher zukünftiger Veränderungen erforderlich. Dies sind insbesondere Folgen des Klimawandels.

Senatorin Jutta Blankau: „Hamburg gegen Sturmfluten zu sichern ist eine Schlüsselaufgabe aller Hamburger Senate. Die Stadt verfügt dank des laufenden Deichbauprogramms bereits über einen hervorragenden Schutz. Wir beugen jetzt zudem den Risiken des Klimawandels vor und legen die Grundlage für einen langfristig erstklassigen Hochwasserschutz.“

Der zukünftige Anpassungsbedarf nach einem neuen Erhöhungsprogramm erstreckt sich im Wesentlichen auf die Erddeiche. Von den komplexen und kostenintensiven Einzelbauwerken, die sich insbesondere im Bereich der Innenstadt befinden, muss nur ein geringer Teil erneuert werden, da bei diesen entweder Ausbaureserven berücksichtigt oder sie bereits von vornherein höher gebaut wurden.

Der Schutz vor Sturmfluten ist für Hamburg von herausragender Bedeutung. Rund die Hälfte der Hamburger Stadtfläche ist auf einen sicheren Schutz vor Sturmfluten angewiesen. In den letzten 50 Jahren – seit der Sturmflutkatastrophe vom 16. Februar 1962 – hat Hamburg durchgehend an der Verstärkung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen gearbeitet. Die Deiche wurden seither um rund 2,5 Meter erhöht.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frank Krippner, T: (040)428.40-2051; pressestelle@bsu.hamburg.de

16. Oktober 2012/bwf16

Architekturwettbewerb für „Neubauten MIN-Forum und Informatik“ der Universität Hamburg Neuer Campus Bundesstraße nimmt weiter Gestalt an

Die bauliche Neuentwicklung der Universität Hamburg am Campus Bundesstraße geht weiter voran. Im September letzten Jahres wurden mit dem Abschluss des städtebaulichen Wettbewerbs und des hochbaulichen Wettbewerbs für den Neubau am Geomatikum (Gebäude für die Klimaforschung und Geowissenschaften) die ersten Weichen für die zukünftige Entwicklung des Campus‘ an der Bundesstraße gestellt.

Mit dem Ergebnis des zweiten Realisierungswettbewerbs für die „Neubauten MIN-Forum und Informatik“ ist jetzt der nächste Baustein zur Erneuerung und zum Ausbau der Universität am Campus Bundesstraße in Angriff genommen worden. Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**, Oberbaudirektor **Prof. Jörn Walter**, die Kanzlerin der Universität Hamburg **Dr. Katrin Vernau** sowie Eimsbüttels Bezirksamtsleiter **Dr. Torsten Sevecke** haben heute die gestern getroffenen Entscheidungen der Jury bekannt gegeben und die Gewinnerentwürfe vorgestellt.

Die Jury hat aus den eingereichten Wettbewerbsbeiträgen drei Preisträger ausgewählt: Den ersten Platz belegen Bez+Kock Architekten aus Stuttgart. Die Plätze zwei und drei erreichten Wettbewerbsbeiträge des Hamburger Büros Schweger + Partner Architekten sowie von Max Dudler aus Berlin. Wer den endgültigen Planungsauftrag bekommt, wird nun in einer Überarbeitungsphase geklärt: Die Preisträger erhalten in den kommenden gut sechs Monaten Gelegenheit, ihre Arbeiten im Hinblick auf Funktionalität, Fassadengestaltung und Einhaltung des Kostenrahmens zu optimieren.

Im Rahmen des verfügbaren Budgets sollen zunächst zwei Baukörper an der Bundesstraße und an der Ecke Sedanstraße/Bundesstraße realisiert werden. Der im städtebaulichen Gesamtkonzept vorgesehene dritte Baukörper nördlich an der Sedanstraße soll in einem nächsten Bauschritt errichtet werden. Auf rund 17.800 qm steht jetzt an der Kreuzung von Sedanstraße und Bundesstraße die Realisierung zentraler Nutzungen an: die Bibliothek, die Mensa und neue zentrale Lehrflächen werden für diesen Hochschulstandort wichtige Impulse setzen und schon frühzeitig einen lebendigen Mittelpunkt schaffen. Hier werden außerdem Flächen geschaffen, um die zurzeit in Stellingen ansässige Informatik endlich am Campus Bundesstraße zu integrieren.

Partner bei der Realisierung der Baumaßnahmen wird GWG Gewerbe, die die Gebäude errichten und finanzieren wird. Diese wird die Gebäude anschließend an die Universität vermieten, deren Budget in Höhe der Mehrbelastungen aufgestockt wird.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Mit der Entscheidung des Preisgerichts kommt die bauliche Modernisierung der Universität am Campus Bundesstraße einen weiteren Schritt voran. Die Wettbewerbsteilnehmer mussten sich der schwierigen Aufgabe stellen, auf dem engen Baufeld repräsentative Gebäude für die Universität zu entwerfen, die dieser Entwicklungsperspektiven eröffnen und so flexibel gestaltet sind, dass sie den Anforderungen moderner Lehre und Forschung auch in vielen Jahren noch gerecht werden. Mein Dank gilt den Mitgliedern des Preisgerichts, die gestern in einem sehr konstruktiven Prozess aus den eingereichten Wettbewerbsbeiträgen die Preisträger ausgewählt haben. Ich bin zuversichtlich, dass aus den prämierten Beiträgen nach der jetzt kommenden Überarbeitungsphase der endgültige Auftragnehmer der Öffentlichkeit präsentiert werden kann.“

Oberbaudirektor **Prof. Jörn Walter**: „Den Preisträgern ist es nicht nur gelungen, dem Campus Bundesstraße mit einem reizvollen Gebäudeensemble ein überzeugendes Entree zu geben, sondern mit den öffentlichkeitswirksamen Nutzungen Bibliothek, Mensa und Hörsaalbereich die Universität sehr gut mit dem Stadtteil zu vernetzen. Eine Qualität, die zum Markenzeichen der Universität in der Stadt werden soll.“

Dr. Katrin Vernau, Kanzlerin der Universität Hamburg: „Die Informatik als Kernbestandteil der naturwissenschaftlichen Fakultät wird künftig wieder an den Campus zurückkehren. Mit der Mensa, der Neugestaltung der Bibliothek und dem neuen Hörsaalzentrum werden das MIN-Forum und die Informatik ein neues kommunikatives Zentrum der Universität. Der gesamte Entwicklungsprozess ist ausgesprochen konstruktiv und in großer Einigkeit zwischen Universität, Behörden, Bezirk und Anwohnern verlaufen.“

Dr. Torsten Sevecke, Leiter des Bezirksamtes Eimsbüttel: „Die Universität der Zukunft in Eimsbüttel nimmt mit den gestern festgelegten Siegerentwürfen weiter Gestalt an und fügt sich damit wieder ein Stückchen mehr in das verfolgte Leitbild einer in den Stadtteil integrierten Universität ein. Vor allem durch die kreative und zukunftsweisende Arbeit der Wettbewerbsteilnehmer, aber auch durch die tolle Zusammenarbeit des Preisgerichts, konnte ein weiterer Meilenstein in Hinblick auf das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen und langfristigen Verbesserung der baulichen Infrastruktur der Universität gesetzt werden.“

Auf der gestrigen Preisgerichtssitzung hat sich die Jury, die aus acht Fachpreisrichtern und sieben Sachpreisrichtern zusammensetzte und von vier Gästen des Preisgerichts unterstützt wurde, mit den elf eingereichten Wettbewerbsbeiträgen intensiv auseinandergesetzt. Sie hat die eingereichten Entwürfe nach rein fachlichen und sachlichen Gesichtspunkten bewertet und die Platzierungen festgelegt. Die

einzelnen Arbeiten waren anonymisiert; erst nachdem die Jury ihre Entscheidung getroffen hatte, wurden die Namen der Büros zu den Platzierungen bekannt gegeben.

Vom 17. Oktober bis zum 2. November 2012 können alle Wettbewerbsbeiträge in einer **Ausstellung** im Verbindungsgang der Chemie, Martin-Luther-King-Platz 6, besichtigt werden. Die Ausstellung ist montags bis freitags von 8.00 bis 19.00 Uhr und samstags von 9.00 bis 13.00 Uhr geöffnet.

Am 24. Oktober 2012 werden die Wettbewerbsergebnisse in einer **Öffentlichen Ergebnispräsentation** im Rahmen des kommunikativen Begleitverfahrens vorgestellt. Die Veranstaltung findet in Hörsaal 1 im Geomatikum statt und beginnt um 19.30 Uhr.

Hintergrund:

Der Hamburger Senat wird in den kommenden Jahren umfassend in den Ausbau und die Modernisierung der Universität Hamburg am Standort in Eimsbüttel investieren. Der Prozess startet am Campus Bundesstraße, da für die hier ansässigen universitären Einrichtungen und externen Institute Flächendefizite und ein hoher Sanierungsbedarf ermittelt wurden. Die künftige Entwicklung der Universität folgt dabei dem Leitbild einer in den Stadtteil integrierten Hochschule. Von besonderer Bedeutung sind eine weite Öffnung der Universität in den Stadtteil und die Vernetzung der einzelnen Campus-Standorte untereinander.

Die Entwürfe der drei Preisträger stehen hier zum Download im Internet bereit:

<http://www.hamburg.de/3651048>

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322, E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Universität Hamburg

Referentin des Präsidenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christiane Kuhrt

Tel. 040/42838-1804, E-Mail: christiane.kuhrt@uni-hamburg.de

Bezirksamt Eimsbüttel

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Aileen Röpcke

Tel. 040/42801-2053, E-Mail: aileen.roepcke@eimsbuettel.hamburg.de

19. Oktober 2012/bwf19

Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt reist mit Wissenschaftsdelegation in die Öresund-Region

Dreitägiges Programm mit Besuchen u.a. von Universitäten und Forschungseinrichtungen in Kopenhagen, Malmö und Lund

Die Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt** reist am Sonntag in die Öresund-Region. Sie wird von einer vierzehnköpfigen Wissenschaftsdelegation begleitet, der unter anderem die Präsidenten der Technischen Universität Hamburg-Harburg und der HafenCity Universität, **Prof. Dr. Garabed Antranikian** und **Dr.-Ing. Walter Pelka**, der Vizepräsident der Universität Hamburg **Prof. Dr.-Ing. Stiehl**, der Kaufmännische Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) **Christian Scherf** sowie Vertreterinnen und Vertreter des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) und der TuTech Innovation (TuTech) angehören.

Neben dem politischen Austausch ist eine engere Vernetzung zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen Ziel der Reise. Auf dem dreitägigen Programm stehen politische Gespräche im dänischen Wissenschaftsministerium und mit der Gouverneurin der schwedischen Region Schonen sowie diverse Besuche bei dänischen und schwedischen Universitäten. Außerdem wird die Delegation einen der größten Technologieparks Europas, den IDEON Science Park, sowie das Bio Medical Centre in Lund besuchen und sich über das geplante European Spallation Source (ESS) informieren.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322, E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

17. Oktober 2012/fb17

Länder arbeiten an der Wiedererhebung der Vermögensteuer

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte sind hohe Einkommen und Vermögen in den meisten EU- und OECD-Ländern steuerlich entlastet worden – so auch in Deutschland. In diesem Zeitraum sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich gestiegen, während die Lohneinkommen weit weniger starke Zuwächse aufwiesen. Gleichzeitig hat die Konzentration der Vermögensverteilung stark zugenommen.

Im internationalen Vergleich werden Vermögen in Deutschland niedrig besteuert. Das Aufkommen sämtlicher vermögensbezogener Steuern beträgt rund 0,9 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Das ist weniger als die Hälfte der Durchschnittsbelastung der OECD- oder der EU-Staaten.

Die Finanzministerien der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein beschäftigen sich derzeit intensiv mit der Ausgestaltung einer wiederbelebten Vermögensteuer in Deutschland. Die Zielsetzung besteht zum einen in der Korrektur der immer ungleicheren Vermögensverteilung in Deutschland. Zum anderen geht es um die dringend notwendige Verbesserung der strukturellen Einnahmehasis der Länderhaushalte.

Mit einem Gutachten zu den Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer wiederbelebten Vermögensteuer wurde das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) beauftragt, das auf diesem Gebiet über eine langjährige Expertise verfügt. Die Berechnungen des DIW beziehen sich auf ein Modell einer Vermögensteuer, das u.a. eine verkehrswertnahe – und damit verfassungskonforme – Bewertung aller Vermögensarten bei einem einheitlichen Steuersatz von 1 Prozent vorsieht. Grundlage der Berechnung ist ein persönlicher Freibetrag in Höhe von 2 Mio Euro für Ledige bzw. 4 Mio Euro für Verheiratete. Mit diesem Freibetrag wird zugleich der Verwaltungs- und Bürokratieaufwand für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung in Grenzen gehalten.

Das DIW hat am 17. Oktober die Ergebnisse seiner Berechnungen vorgelegt. Die Berechnungen zeigen, dass eine Vermögensteuer von 1 Prozent unter den genannten Bedingungen ein Aufkommen von rund 11,5 Mrd Euro erzielen würde. Die Berechnungen des DIW berücksichtigen Ausweich- und

Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen bei der Vermögensteuer sowie bei den Ertragsteuern und nehmen erhebliche Abschläge für Schätzunsicherheiten vor. Der Steuer unterlägen dem DIW zufolge bundesweit rund 300.000 Personen (143.000 natürliche Personen, 164.000 juristische Personen). Die Erhebungskosten – d.h. die Befolgungskosten auf Seiten der Steuerpflichtigen und die Verwaltungskosten bei der Steueradministration – belaufen sich auf 1,8 Prozent des erzielten Aufkommens und liegen damit deutlich niedriger, als in der öffentlichen Diskussion bisweilen dargestellt.

Die Berechnungen des DIW zeigen, dass die Einführung einer zielgenauen Vermögensteuer möglich ist, die tatsächlich sehr reiche Personen in Deutschland trifft. Das Aufkommen stünde für dringend notwendige Investitionen zugunsten von Bildung und öffentlicher Infrastruktur in Deutschland zur Verfügung.

Die Beratungen der Finanzministerien der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zur Ausgestaltung einer wiederbelebten Vermögensteuer sind noch nicht abgeschlossen. Gegenstand der Überlegungen sind u. a. noch die Höhe der Freibeträge und die Behandlung des produktiven Betriebsvermögens – unter striktem Ausschluss von missbräuchlichen Gestaltungen. Das Ziel der Beratungen besteht darin, einen Gesetzentwurf zur Wiederbelebung der Vermögensteuer als Initiative der Länder in den Bundesrat einzubringen.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

17. Oktober 2012/fb17a

Zur heutigen Mitteilung der HSH Nordbank über den bevorstehenden Wechsel im Amt des Vorstandsvorsitzenden erklären Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold und Hamburgs Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher:

Die HSH Nordbank befindet sich in einer wichtigen Phase ihrer Restrukturierung, die durch eine anhaltende Schifffahrtskrise und ein schwieriges Marktumfeld zusätzlich belastet wird. Eine erfolgreiche Restrukturierung erfordert einen handlungs- und durchsetzungsfähigen Vorstand, der für Stetigkeit und Stabilität bei der Etablierung des neuen Geschäftsmodells sorgt. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat uns in den vergangenen Tagen darüber in Kenntnis gesetzt, dass er den Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. Oktober 2012 im Einvernehmen mit Herrn Dr. Lerbinger bitten wird, dessen Ausscheiden aus dem Vorstand der Bank zuzustimmen und den bisherigen Finanzvorstand, Herrn Constantin von Oesterreich, zum neuen Vorstandsvorsitzenden zu bestellen. Wir erwarten, dass der Aufsichtsrat die im Interesse der Bank und ihrer Anteilseigner erforderlichen Entscheidungen treffen wird.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

17. Oktober 2012/pr17

Wirtschaftssenator Frank Horch: „Entscheidung fällt im Hauptsacheverfahren“

Den Eilbeschluss des Bundesverwaltungsgerichts zur Fahrrinnenanpassung der Elbe kommentiert Wirtschaftssenator Frank Horch:

„Es handelt sich um eine vorläufige Entscheidung. Über die Zulässigkeit der Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe wird das Gericht im Hauptsacheverfahren entscheiden. Allerdings können die schon begonnenen Maßnahmen fortgeführt werden. Wir interpretieren das als Zeichen dafür, dass das Gericht die internationale Bedeutung der Fahrrinnenanpassung anerkennt.

Jetzt hängt viel von der Dauer des Hauptsacheverfahrens ab. Die Verwaltungen haben bereits in allen Hauptsacheverfahren auf die Klagen erwidert, so dass wir davon ausgehen, dass das Hauptsacheverfahren sehr zügig abgeschlossen werden kann.“

Rückfragen:

Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Tel.: 040 / 428 31 22 44

Mobil: 0170 / 288 18 09

E-Fax: 040 / 4279 15 143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-1326

helma.krstanoski@bwvi.hamburg.de

16.10.2012/kb16

„Kulturelle Vielfalt ist in Deutschland längst Realität und Alltag“

Hamburg erstmals Gastgeber beim Bundesfachkongress Interkultur

Hamburg ist erstmals Gastgeber für den Bundesfachkongress Interkultur. Unter dem Motto „DiverCity – Realitäten_Konzepte_Visionen“ werden in der kommenden Woche deutsche und internationale Gäste über die Gestaltung und die Chancen der Vielfalt in unserer Gesellschaft diskutieren und Handlungsempfehlungen erarbeiten.

Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill hat heute das Hamburger Engagement im Themenfeld „Interkultur“ vorgestellt: „Die interkulturelle Kulturarbeit gewinnt mit Blick auf ein wachsendes Potenzial migrantischer Initiativen, dem demografischen Wandel und dem Stellenwert des Themas in der Gesellschaft an Bedeutung. Die Erkenntnis, dass Kulturelle Vielfalt in Deutschland längst Realität und Alltag ist, soll mit dem Kongress eine breitere Verankerung erfahren.“

Über den Bundesfachkongress hinaus fördert die Kulturbehörde das Themenfeld „Interkultur“ mit rund 300.000 Euro jährlich. Im Mittelpunkt der Förderung stehen Projekte aller Kunstsparten von in Hamburg lebenden Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund sowie interkulturelle Kulturinitiativen und Vereine.

Ziel des Kongresses soll es daher auch sein, in Hamburg neue Maßstäbe für die interkulturelle Kulturarbeit zu initiieren und den Weg für weitere Kooperationsprojekte zwischen Migrantenorganisationen und Kulturinstitutionen ebnen.

Der 4. Bundesfachkongress Interkultur vom 24. bis 26. Oktober:

Der Fachkongress findet seit 2006 alle zwei Jahre statt und thematisiert den interkulturellen Diskurs in Wissenschaft, Politik, Medien, Schule, Kunst und Kultur. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz wird die Veranstaltung, die auf Kampnagel, im Bürgerhaus Wilhelmsburg und in der Freien Akademie der Künste stattfindet, eröffnen. Etwa 450 deutsche und internationale Fachteilnehmer werden erwartet, am Freitagnachmittag sind die Veranstaltungen publikumsoffen. Ein umfangreiches Kulturprogramm in Kooperation mit dem Festival „eigenarten“ wird den Kongress begleiten. Träger des Kongresses sind der Initiativkreis „Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt“, das „Interkulturelle Forum Hamburg“, die „W3_Werkstatt für Internationale Kultur und Politik“ in Hamburg und das „Forum der Kulturen Stuttgart e.V.“ Hamburg hatte sich bei der Bewerbung gegenüber anderen Bundesländern durchgesetzt.

Die Stadt Hamburg unterstützt den Kongress mit insgesamt 100.000 Euro.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 226

pressestelle@kb.hamburg.de

16.10.2012/kb16a

Neue kaufmännische Leitung für die HamburgMusik gGmbH

Kurfess wird ab August 2013 Geschäftsführer der HamburgMusik

Der Aufsichtsrat der HamburgMusik hat Jack F. Kurfess zum neuen kaufmännischen Geschäftsführer der HamburgMusik gGmbH ernannt. Der derzeitige geschäftsführende Intendant und langjährige kaufmännische Geschäftsführer des Deutschen Schauspielhauses bekommt einen Fünfjahresvertrag und wird zum 01.08.2013 die kaufmännische Geschäftsführung der HamburgMusik gGmbH und der Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH übernehmen. Er wird in beiden Gesellschaften Nachfolger des derzeitigen kaufmännischen Geschäftsführers Prof. Dr. Gereon Röckrath. Es ist beabsichtigt, dass Herr Kurfess zudem die Aufgaben der derzeitigen geschäftsführenden Betriebsdirektorin Tessa Beecken übernimmt, die die Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH nach Ablauf ihres Vertrages zum Ende der Saison 2012/2013 verlässt. Die Stadt setzt hiermit eine Verschlankung der Leitungsebenen der beiden Gesellschaften um. Prof. Dr. Gereon Röckrath und Tessa Beecken haben in den letzten Jahren wichtige Vorarbeiten betriebsorganisatorischer, wirtschaftlicher und vertragsrechtlicher Art für die Elbphilharmonie geleistet und sich in besonderem Maße darum verdient gemacht, die Laeiszhalle wirtschaftlich und betriebstechnisch zu erneuern.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler** freut sich über die Entscheidung: „Jack F. Kurfess kennt die Hamburger Kultur seit vielen Jahren und hat bewiesen, dass er eine Kultureinrichtung nicht nur wirtschaftlich erfolgreich führen kann, sondern bringt auch eine hohe künstlerische Kompetenz mit. Kurfess wird zusammen mit Generalintendant Christoph Lieben-Seutter die Vorbereitungsarbeiten für den Spielbetrieb der Elbphilharmonie fortführen und den internationalen Ruf der Elbphilharmonie Konzerte weiter ausbauen. Ich danke ausdrücklich seinen Vorgängern Prof. Dr. Gereon Röckrath und Tessa Beecken, die in den vergangenen Jahren maßgeblich mit dazu beigetragen haben, die Laeiszhalle, die Elbphilharmonie Konzerte und den grundlegenden Aufbau der Betriebsstruktur für den künftigen Betrieb in der Elbphilharmonie unter schwierigen Bedingungen auf einen erfolgreichen Weg zu bringen.“

Jack F. Kurfess, künftiger Geschäftsführer der HamburgMusik sagt über seine neue Aufgabe: „Nach vielen Jahren Sprechtheater freue ich mich, dass die Musik in den Vordergrund meiner Tätigkeit rückt. Die HamburgMusik leistet beeindruckende Arbeit, zu der ich gerne mit ganzer Kraft beitragen werde. Ich danke dem Aufsichtsrat für das Vertrauen und freue mich auf eine spannende Aufgabe und natürlich darauf, gemeinsam mit Christoph Lieben-Seutter die Elbphilharmonie zu eröffnen.“

Jack F. Kurfess ist 1955 in Stuttgart geboren. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Politikwissenschaften war Kurfess Verwaltungsleiter am Theaterhaus Stuttgart und kaufmännischer Leiter der Werkstatt in Düsseldorf. Seit 1992 ist Kurfess in Hamburg tätig, zunächst als kaufmännischer Direktor auf Kampnagel und seit 2001 als kaufmännischer Direktor und seit 2010 als geschäftsführender Intendant am Deutschen Schauspielhaus.

Für Rückfragen:

Karl Olaf Petters

Pressesprecher Elbphilharmonie

040 / 42824 - 325

karlolaf.petters@kb.hamburg.de

Danke Wilhelmsburg: Freier Eintritt zur igs Senatorin Blankau stellt Nachbarschaftskarte für Elbinsulaner vor

Hamburg, 18. Oktober 2012/igs18 – Das gab es noch nie bei einer Gartenschau: Die Bewohner der Elbinseln haben an drei Tagen ihrer Wahl freien Eintritt zur internationalen Gartenschau Hamburg 2013. Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau stellte heute im Rathaus Wilhelmsburg das Spezialticket vor und übergab den ersten Anmeldebogen an die Wilhelmsburgerin Karin Meise – stellvertretend für alle Bewohner. Karin Meise ist Mitglied des Beteiligungsgremiums der igs 2013.

Stadtentwicklungssenatorin **Jutta Blankau**: „Die Nachbarschaftskarte ist ein Dankeschön an die Bewohner der Elbinseln. Sie haben über einen langen Zeitraum einige Beeinträchtigungen in Kauf nehmen müssen und sich sehr tolerant gezeigt. Sehr viele haben die positiven Veränderungen im Stadtteil interessiert verfolgt. Mit der Nachbarschaftskarte wollen wir uns für die Geduld aller bedanken.“

Heiner Baumgarten, Geschäftsführer der igs 2013: „Wir haben die Insulaner von Anfang an in die Planungen einbezogen. Sie sollen jetzt auch die Möglichkeit haben, die Ergebnisse zu sehen. Mit der Nachbarschaftskarte ist das kostenfrei möglich. So kann jeder Elbinsel-Bewohner schon während der igs 2013 erleben, was nach der Gartenschau bleibt: Ein großartiger Wilhelmsburger Inseelpark.“

Zum Verfahren:

Die Nachbarschaftskarte ist personengebunden und enthält Namen und Geburtsdatum des Nutzers. Das Verfahren und die Formulare sind mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt Hamburg abgestimmt. Es wird ein Anmeldeverfahren geben, in dem die Nutzer einen Anmeldebogen ausfüllen, sich ausweisen und damit belegen müssen, dass sie auf den Elbinseln gemeldet sind.

Die Anmeldebögen liegen ab Montag, 22. Oktober 2012, im Wilhelmsburger Rathaus, im igs-Zentrum und im IBA-Dock (Veddel) zu den entsprechenden Öffnungszeiten aus.

Das ausgefüllte Formular kann **nur** im igs-Zentrum abgegeben (montags-freitags, 9:00 bis 18:00 Uhr) oder per Post geschickt werden. Bei der Abgabe muss für alle vermerkten Personen durch Vorlage des Personalausweises nachgewiesen werden, dass diese auf den Elbinseln gemeldet sind. Ist der Ausweis nicht mit dem Wohnort versehen, muss zusätzlich eine Meldebestätigung vorgelegt werden. Bei Zusendung des Formulars per Post müssen Kopien der erforderlichen Dokumente beigelegt sein.

Ab Februar 2013 kann das personalisierte Ticket dann im igs-Zentrum abgeholt werden. Bei der Abholung des Tickets und beim Eintritt muss der Personalausweis erneut vorgezeigt werden.

Der Zugang zum Gelände ist nur während der Veranstaltung vom 26. April bis zum 13. Oktober 2013 während der regulären Öffnungszeiten möglich. Der Zugang erfolgt ausschließlich über einen Sondereingang am Haupteingang der igs.

Die Nachbarschaftskarte wird bei jedem Zutritt entwertet und ist nach dreimaligem Gebrauch ungültig. Die Nutzung der Monorailbahn, des Hochseilgartens und der Kletterhalle sind trotz Nachbarschaftskarte kostenpflichtig.

Ein Antragsschluss ist nicht vorgesehen. Während der Veranstaltung kann es jedoch zu längeren Bearbeitungszeiten kommen.

Fotos des Pressetermins ab ca. 15h unter www.igs-hamburg.de/presse/aktuelle-pressebilder.

Rückfragen an:

Kerstin Feddersen, Michael Langenstein, Andrea Ubben

Tel. +49(0)40-226 31 98 -400/-401/-402

presse@igs-hamburg.de

Immer mehr in Form: Gemeinschaftsgarten „Heimat“ auf igs 2013 nimmt weiter Gestalt an

Hamburg, 18. Oktober 2012/igs18a – Das Projekt des Gemeinschaftsgartens „Heimat“ in der „Welt der Kulturen“ auf der internationalen Gartenschau Hamburg (igs 2013) geht in die nächste Runde. Heute und morgen bepflanzen Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse der Wilhelmsburger Bonifatiuschule mit Mitgliedern des Interkulturellen Gartens Hamburg-Wilhelmsburg e.V. die frisch angelegten Hochbeete ihres mit Planern des Berliner Landschaftsarchitekturbüros „atelier le balto“ entwickelten Gartens.

Im Gartenschaujahr erblühen dann unter dem Motto „Kulturen schlagen Wurzeln“ typische Motive der Gartenkultur und Pflanzen aus ihrer jeweiligen Heimat in insgesamt acht Hochbeeten. Die Pflanzpläne wurden gemeinsam auf den Weg gebracht. Seit April 2011 steht das Thema auf dem Stundenplan der Wilhelmsburger Schüler; alle Beteiligten treffen sich regelmäßig in Workshops und setzen ihre Ideen vor Ort in die Praxis um. Später werden auch ältere Erwachsene mitmachen. Denn es handelt sich um einen Generationen übergreifenden Garten.

Ein zweiter Gemeinschaftsgarten entsteht mit „Sit Down“ in unmittelbarer Nachbarschaft. Diesen setze das Berliner Planungsbüro „atelier le balto“ mit Schülerinnen und Schülern der 8. und 9. Klasse der Stadtteilschule Wilhelmsburg und der Bonifatiuschule um. Dieser Garten lädt dann alle Besucher zum Sitzen und damit auch zur Kommunikation ein. Eine aktive Form des interkulturellen Dialogs, so die Idee, werde so initiiert.

Ulrike Müller, igs-Projekt Koordinatorin Bildung und Astrid Höhne, igs-Projekt Koordinatorin Freiraumplanung, zum Ziel der Beteiligungsgärten: „Auf der größten bewohnten Flussinsel Europas leben rund 50.000 Menschen aus über 100 verschiedenen Nationen. Knapp die Hälfte von ihnen hat einen Migrationshintergrund. Der Anteil der unter 18-Jährigen ist überdurchschnittlich hoch und liegt bei über 22 Prozent. Die Bevölkerungsstruktur des Stadtteils trägt mithin eine außergewöhnliche kulturelle Vielfalt in sich. So ergibt sich eine produktive Mischung interkultureller und internationaler Vernetzungen. Jeder, ob Klein, Groß, Jung, Alt, Frau oder Mann, lernt aus den Erfahrungen und Lebensweisen des anderen, wodurch das Verständnis und die Akzeptanz für verschiedene Lebensformen, Sichtweisen und Kulturen untereinander wachsen.“

Fotos von der Pflanzaktion finden Sie unter www.igs-hamburg.de/presse/aktuelle-pressebilder

Weitere Informationen zu den Beteiligten unter:

www.lebalto.de

www.bonifatiuschule.org

www.interkgarten.de

www.stadtteilschule-wilhelmsburg.de

Rückfragen bitte an:

Michael Langenstein, Andrea Ubben, Kerstin Feddersen

Tel. +49(0)40-226 31 98 -401/-402/-400

presse@igs-hamburg.de

Terminkalender

Vom 22. Oktober bis 28. Oktober 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 22.10.2012

ganztägig

Dänemark und Schweden
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt reist vom **21.- 24.10.12 mit einer Wissenschaftsdelegation in die Öresund – Region**. Die Delegation besucht Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Kopenhagen, Malmö und Lund. Die Delegation kommt mit politischen Vertretern zusammen.

- 09:00** CCH
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht ein Grußwort zur Eröffnung des **35. Steuerberatertages des Deutschen Steuerberaterverbandes**.
- 10:30** Universität Hamburg, Martin-Luther-King-Platz
Senator Ties Rabe besichtigt das **Modul „Energiespeicherung“**, von der Initiative Naturwissenschaft und Technik (NAT) und der Universität Hamburg.
- 11:30** Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28
Senatorin Jana Schiedek führt den ersten **Spatenstich für den Neubau des Amtsgerichts Hamburg-Wandsbek** aus.
- 11:30** Veringstraße 114 – 128
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort auf dem **Richtfest der SAGA GWG** anlässlich des **Neubauvorhabens Veringstraße**.
- 17:30** Hotel Savoy Baur en Ville, Paradeplatz, Zürich
Bürgermeister Olaf Scholz diskutiert mit der **Züricher Stadtpräsidentin Corine Mauch und dem Wiener Bürgermeister Michael Häupel** („Drei-Bürgermeister-Treffen“). Anlässlich der Veranstaltung **„Nachdenken über Zürich“**.
- 19:00** Hamburger Kammerspiele, Hartungstraße 9-11
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich des **„25jährigen Jubiläums der Schule für Schauspiel Hamburg“**.
- 20:00** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der **Preisverleihung des Rolf Mares-Preises** der Hamburger Theater.

Dienstag, den 23.10.2012

- 12:30** Rathaus, Bürgermeisteramtzimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **isländische Parlamentspräsidentin Ásta R. Jóhannesdóttir** zum Gespräch.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 14:00** Botanischer Garten der Universität Hamburg, Loki Schmidt Haus Ohnhorststraße 18

Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Feierlichkeiten zur Benennung des Botanischen Gartens in „Loki Schmidt-Garten. Botanischer Garten der Universität Hamburg“** ein Grußwort. Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D. nimmt an der Feierstunde teil.

Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.

- 17:30** Kampnagel, Hamburg
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort bei der **Wohltätigkeitsveranstaltung „Über psychische Krankheiten reden“**.
- 19:30** Aurubis AG, Alte Schlosserei, Hovestraße 50
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **16. Industrie Treffs** ein Grußwort.

Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin Barbara Kisseler, Senator Ties Rabe und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen teil.
- Mittwoch, den 24.10.2012**
- 09:00** Zur Seehafenbrücke 20
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort zum **25jährigen Bestehen der sozialen Beratungsstelle Harburg**.
- 11:00** Osterbergweg 12, 21244 Buchholz-Sprötze
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort anlässlich der **Einweihung der Suchtvorsorge-Einrichtung Haus Osterberg**.
- 11:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt **Mitglieder des konsularischen Korps aus Hamburg** zu einem Empfang in der Hamburger Landesvertretung.
- 12:30** Veddeler Damm 48, Aula
Staatsrat Volker Schiek spricht anlässlich der **Einweihungsfeier des Umbaus der Wasserschutzpolizeischule**.
- 13:15** Kampnagel, Jarrestraße 22
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Bundesfachkongress Interkultur 2012** ein Grußwort.
- 14:30** Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Staatsrat Jens Lattmann nimmt an der **6. Sitzung des Stabilitätsrates** teil.
- 15:00** Handwerkskammer Hamburg, Zentrum für Energie, Wasser und Umwelttechnik, Holstenwall 12
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt an dem **Projekt Schulbaustelle „Klima-Produktübergabe“** teil und spricht ein Grußwort.
- 17:30** Handwerkskammer Hamburg, Zentrum für Energie, Wasser und Umwelttechnik, Holstenwall 12
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt an der **Landessiegerehrung des Leistungsgewerbes des Deutschen Handwerks** teil und spricht ein Grußwort.
- 18:00** Kampnagel, Jarrestraße 20
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des "eigenarten Festivals"** im Rahmen des 4. Bundesfachkongresses Interkultur.
- 19:00** Museum für Kommunikation, Berlin

Staatsrat Jens Lattmann besucht den Empfang anlässlich der **9. Sitzung des IT-Planungsrates**.

19:30 Alte Hagenbeck'sche Dressurhalle, Gazellenkamp 145
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort anlässlich der **Benefizveranstaltung des Mammazentrums Hamburg**.

Donnerstag, den 25.10.2012

10:00 Bundesministerium des Innern, Berlin
Staatsrat Jens Lattmann nimmt an der **9. Sitzung des IT-Planungsrates** teil.

10:00 Claussen-Simon-Stiftung, Große Elbstraße 145f
Senatorin Jana Schiedek besucht die **Claussen-Simon-Stiftung** und übergibt die Patenschaftsurkunde.

10:00 Plenarsaal der Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort anlässlich der Veranstaltung **„Fortschreibung der Selbstverpflichtung der Hamburger Industrie zur Reduzierung betrieblicher CO²-Emissionen 2013 bis 2018“** der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Kooperation mit dem Industrieverband Hamburg und der Handelskammer Hamburg.

10:00 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Am Köllischen Park 3, 10179 Berlin
Staatsrat Michael Sachs nimmt am **Expertenrat „StEP Wohnen“** teil.

13:30 Schloss Ettersburg bei Weimar
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt vom 25.-26.10.12 an der **Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer** teil.

14:00 Baseler Hof Säle, Hamburg
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort aus Anlass der **HAG-Jahrestagung „Jugend-Kommunikation-Gesundheit“**.

16:00 NH-Hotel Altmark, Dresden
Staatsrat Jens Lattmann nimmt an der **164. Sitzung des Finanzausschuss des Deutschen Städtetages** teil.

17:00 Landesvertretung Hamburg, Jägerstraße 1 – 3, 10117 Berlin
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil an der Feierlichkeit anlässlich des **20jährigen Bestehens der IRZ** (Internationale rechtliche Zusammenarbeit).

17:30 Hamburg Center for Health Economics der Universität Hamburg, Esplanade 36
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des Hamburg Center for Health Economics**.

18:30 Berlin, Residenz des Österreichischen Botschafters
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am Empfang anlässlich des **Nationalfeiertages der Republik Österreich** teil.

19:00 Hansa Theater, Steindamm 7
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast beim Empfang und der **Premierenvorstellung zur neuen Spielzeit des Hansa Theaters**.

19:00 Schloss Bellevue, Berlin
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht ein Konzert aus Anlass des **„50. Gründungsjubiläums der Deutschen Stiftung Musikleben“**.

19:00 Anglo-German Club, Harvestehuder Weg 44
Senator Michael Neumann hält einen **Vortrag zur aktuellen Situation des Sports in Hamburg.**

Freitag, den 26.10.2012

09:00 Radisson Blu Hotel, Hamburg
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet den **10. Springer Gesundheitskongress** mit einem Grußwort.

11:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senator Michael Neumann hält die Festrede beim **Senatsempfang zum 225-jährigen Bestehen der Wasserschutzpolizei.**

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.

13:30 Haus der Projekte die mügge, Muggenburger Zollhafen, Packersweide 7
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort anlässlich der Eröffnungsveranstaltung **„Haus der Projekte“.**

17:00 Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks ist Gastgeberin des Senatsempfangs anlässlich des **50-jährigen Gründungsjubiläums des Ernst-Barlach-Hauses.**

18:00 Europa-Kolleg, Windmühlenweg 27
Staatsrat Wolfgang Schmidt hält anlässlich der Eröffnung des **Studienjahres 2012/13 die Festrede zum Thema "Europäische Integration".**

19:00 Der Kunstverein seit 1827, Klosterwall 23
Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrat Jan Pörksen und Staatsrat Michael Sachs sind zu Gast beim Empfang des österreichischen Honorarkonsulats anlässlich des **Nationalfeiertags der Republik Österreich.**

19:00 Hamburg Messe, Messeplatz 1
Senator Michael Neumann nimmt an der **Eröffnung der 53. hanseboot** teil.

Samstag, den 27.10.2012

11:00 NewLivingHome, Julius-Vosseler-Straße 40
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich zum **„Akademietag 2012“** ein Grußwort.

Sonntag, den 28.10.2012

15:00 Uni Hamburg, Hauptgebäude , Saal A
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt teil an einer **Feierstunde anlässlich des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Fischer Appelt** und spricht ein Grußwort.